

Biden-Regierung führt ‚Klassenkampf‘ gegen amerikanische Arbeiter

8. Juni 2023 | Ekaterina Blinova

Die Wirtschaftspolitik von US-Präsident Joe Biden habe die Finanzelite auf Kosten der amerikanischen Arbeiterschaft weiter bereichert, sagte Prof. Michael Hudson, US-Ökonom und ehemaliger Wall-Street-Analyst, in Sputniks Podcast *New Rules*.

Biden einigte sich mit dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, Ende letzten Monats mit großem Tamtam auf eine Schuldenobergrenze, nachdem Finanzministerin Janet Yellen [apokalyptische Prognosen](#) über einen „unmittelbar bevorstehenden“ Zahlungsausfall der USA abgegeben hatte. Hudson zufolge sollten diese dramatischen Warnungen jedoch die wahren Ziele der Regierung Biden verschleiern.

„Es hat nie eine [Schuldenkrise](#) gegeben“, sagte Hudson gegenüber Sputnik. „Die Regierung hätte einfach weiter ihre Rechnungen für Projekte bezahlen können, die der Kongress bereits bewilligt hatte. Es gab keine Möglichkeit, dass die Regierung mit ihren Staatsschulden in Verzug gerät, denn schließlich werden die Staatsschulden von den reichsten 10 Prozent gehalten und die Regierung wird nichts tun, was den 10 Prozent schadet und den 90 Prozent nützt.“

Überparteilicher Konsens zum Vermögenstransfer von den 90 Prozent auf die 10 Prozent

Was wirklich geschah, war nach Ansicht von Wirtschaftswissenschaftlern eine parteiübergreifende Einigung über eine weitere Umverteilung des Reichtums von den 90 Prozent auf die 10 Prozent. Die Demokraten konnten sich jedoch nicht darauf einlassen, da sie sich immer als Partei der Arbeitnehmer und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit positioniert haben. Daher habe es einen monatelangen „Kampf der Guten gegen die Bösen“ zwischen dem Präsidenten und der GOP gegeben, so Hudson. Schließlich stimmte Biden „widerwillig“ den Kürzungen der Sozialprogramme und der Streichung der Unterstützung für die Armen zu.

Man sollte bedenken, dass Joe Biden aus Delaware stammt – einem „Staat, in dem die meisten Unternehmen in Amerika ihren Hauptsitz haben, weil die Regeln in Delaware so unternehmensfreundlich und arbeitnehmerfeindlich sind, dass die Unternehmen sich dort niederlassen wollen.“

„Das ist alles nur erfunden“, fuhr Hudson fort. „Wenn sie über den Abbau der Staatsschulden sprechen, meinen sie den Abbau von Sozialleistungen. Sie würden gerne das tun, was Biden und [Barack] Obama nach 2009 tun wollten. Sie wollen die Sozialversicherung kürzen. Sie wollen sie privatisieren, als ob das irgendwie das Problem lösen würde. Sie wollen die medizinische Versorgung einschränken. Sie wollen die meisten Sozialprogramme kürzen, so dass das Geld, das die Regierung ausgibt, ausschließlich zur Unterstützung des Finanzsektors, des Militärssektors, des Versicherungssektors und des Immobiliensektors verwendet wird.“

Zur Veranschaulichung seines Standpunkts verwies Hudson auf die Tatsache, dass einige GOP-Kongressabgeordnete, namentlich Senatorin Susan Collins aus Maine, nur einen Tag nach der

Einigung über die Schulden und die Kürzung von Sozialprogrammen höhere Militärausgaben forderten, um den [Stellvertreterkrieg der USA](#) in der Ukraine zu finanzieren. Diese Erhöhung der Militärausgaben würde auf Kosten der US-Sozialprogramme gehen, so der Wirtschaftswissenschaftler.

Es überrascht nicht, dass die Einigung über die Schuldenobergrenze [unter Beschuss](#) des Progressiven Ausschusses im US-Repräsentantenhaus geriet. Die Vorsitzende des Caucus, die Abgeordnete Pramila Jayapal, stellte offen die „Rückforderungen“ der COVID-Entlastung sowie die Arbeitsanforderungen für das Supplemental Nutrition Assistance Program (SNAP), auch bekannt als „Lebensmittelmarken“, in Frage. Jayapal gehörte zu den 46 Demokraten, die in der vergangenen Woche im Repräsentantenhaus gegen das Schuldenabkommen gestimmt haben, das als „Fiscal Responsibility Act“ verabschiedet wurde.

„Der Klassenkampf ist in den USA wieder voll im Gange“, sagte Hudson. „Das ist ein Klassenkampf mit voller Wucht, den wir hier sehen, und wir sehen, dass die Arbeiterschaft unter Druck gesetzt wird, ohne wirklich viel zu tun. Die Budgets der Städte und Gemeinden werden überall im Land zusammengestrichen. Das ist eines der großen Probleme – die Haushaltsknappheit. Die Banken werden durch die Ausfälle bei Gewerbeimmobilien, denen sie ausgesetzt sind, und die zunehmenden Ausfälle bei den privaten Schulden, denen sie ausgesetzt sind, unter Druck gesetzt. Die Wirtschaft ist also wirklich in Schwierigkeiten, und in einer Krise wie dieser wird mit der Notlage anderer Leute ein Vermögen gemacht. Es wird zu einem enormen Geldabfluss von den 90 Prozent der Bevölkerung zu den reichsten 10 Prozent der Finanzwelt kommen.“

Wie lange können die USA ihre „unbegrenzten Ausgaben“ aufrechterhalten?

Da die Schuldengrenze bis zum 1. Januar 2025 ausgesetzt wurde, fragen sich viele Beobachter, wie lange die USA ihre scheinbar unbegrenzten Ausgaben noch aufrechterhalten können. Die Staatsverschuldung der USA steigt ins Unermessliche, und das Haushaltsdefizit der Bundesregierung erreichte in der ersten Hälfte dieses Haushaltsjahres 1,1 Billionen. Das Congressional Budget Office (CBO) prognostiziert, dass sich dieses Problem in den nächsten zehn Jahren noch verschärfen wird, da die Zinssätze steigen werden.

„Da die Schulden in ihrer eigenen Währung bestehen und solange man [die Währung druckt](#), kann man so viel drucken, wie man will“, antwortete Hudson.

„Man wird nie in Verzug geraten, weil man einfach einen Kredit schaffen kann“, erklärte der Wirtschaftswissenschaftler. „Das ist es, was die Federal Reserve mit ihrer Nullzinspolitik getan hat. Sie verzerrt die Wirtschaft, und die Wirtschaft kann schrumpfen und auseinandergerissen werden. Aber die Regierung kann ihre Schulden immer bezahlen, indem sie einfach Geld druckt. Das Problem, das die amerikanische Wirtschaft auseinander reißt, sind nicht die Staatsschulden. Es sind die privaten Schulden, die zu einem Zahlungsausfall führen. Und wenn man seine Schulden nicht bezahlt, verliert man sein Eigentum an die Gläubiger. Was wir jetzt sehen, ist ein groß angelegter Transfer von Eigentum, von Immobilien, von Autos, die die Leute gekauft hatten, aber nicht mehr abbezahlen konnten, ein Transfer von Einkommen von den 90 Prozent zu den 10 Prozent. Und das ist die private Verschuldung. Darin liegt das eigentliche Problem.“

Der springende Punkt ist, dass die US-Regierung das Ziel verfolgt, den obersten 1 Prozent auf Kosten der 99 Prozent zu helfen, so Hudson: „Sie wollen die Sozialversicherung, Medicare, die

lokalen Sozialausgaben, die Unterstützung für Städte und Bundesstaaten kürzen – alles, was Amerika in der Vergangenheit demokratischer und stärker gemacht hat“, so der Wirtschaftswissenschaftler.

Wer ist schuld an der Aushöhlung der US-Wirtschaft?

Um die Sache noch komplizierter zu machen, hat die überparteiliche US-Elite [viele Arbeiterjobs ausgelagert](#) und den Amerikanern versprochen, dass sie stattdessen fortschrittlichere Angestelltenjobs im Finanz- und Technologiebereich bekommen würden. Hudson wies jedoch darauf hin, dass die Auslagerung von Warenproduktion und Dienstleistungen nach China und Asien die US-Wirtschaft letztlich aushöhlen könnte.

„Das Finanzwesen ist nicht wirklich Teil der Wirtschaft“, sagte der Analyst. „Stellen Sie sich vor, dass es in jedem Land zwei Volkswirtschaften gibt. Es gibt die Produktions- und Konsumwirtschaft, die oft als ‚Realwirtschaft‘ bezeichnet wird, in der Dinge hergestellt, verkauft und genutzt werden. Und dann gibt es den Finanzsektor, der dafür Kredite vergibt. Der Finanzsektor lebt von der Kurzfristigkeit.“

„Wenn Ihre Vorstellung von Wohlstand der Marktpreis Ihrer Häuser und Ihrer Aktien und Anleihen ist, dann ist Amerika [in den letzten Jahrzehnten] finanziell reicher geworden. Aber es wurde nicht reicher für die Realwirtschaft. Die Reallöhne stiegen nicht. Der Reichtum an Aktien und Anleihen, die den reichsten 10 Prozent gehören, hat enorm zugenommen, aber die anderen 90 Prozent der Bevölkerung besitzen nur 10 Prozent der Aktien und Anleihen. Sie sind darauf angewiesen, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten und einen Gehaltsscheck zu erhalten. Ihr Lebensstandard ist nicht gestiegen, und ihre Arbeitsbedingungen haben sich stark verschlechtert und sind viel strenger und unangenehmer geworden“, so Hudson weiter.

Normalerweise wird eine solche Situation durch eine politische Revolution beendet, so Hudson. Aber solange die USA ein politisches System haben, in dem es nur zwei Parteien gibt, die in Wirklichkeit dieselbe Partei sind, kann es unbegrenzt so weitergehen, weil die Menschen keine politische Alternative haben, die sie wählen können, so Hudson.

„Es gibt keine Alternative. Die Wahlen werden hin und her gehen, von den Republikanern zu den Demokraten und zurück. Doch keiner von ihnen ist eine Alternative zur Finanzialisierung der Wirtschaft, die seit dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere seit den 1980er Jahren stattfindet.“

Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner sind für die gegenwärtige Situation verantwortlich; darüber hinaus scheinen sie entschlossen zu sein, das Schuldenproblem dadurch zu lösen, dass die Amerikaner immer weniger konsumieren, dass der [Lebensstandard immer weiter sinkt](#), dass die Reallöhne immer weiter sinken, dass die Sozialleistungen immer weiter gekürzt werden, dass die soziale Sicherheit und die medizinische Versorgung immer weiter gekürzt werden, so der Ökonom.

„Das ist das Programm der beiden amerikanischen Parteien“, so Hudson abschließend.

Mehr von Prof. Michael Hudsons exklusiver Analyse zur Einigung der beiden Parteien über die Schuldenobergrenze in den USA finden Sie in der vollständigen Folge des [Podcasts New Rules](#).